

## **Den Kapitalflüssen auf der Spur**

### ***Wie es gelingen kann, Erlöse aus der Rohstoffgewinnung für die Entwicklungsfinanzierung zu mobilisieren***

Von Clare Short\* und Uwe Beckmeyer\*

Im kommenden Jahr endet die Frist zur Umsetzung der im Jahr 2000 von den Vereinten Nationen beschlossenen Millenniums-Entwicklungsziele. Vieles konnte in den vergangenen 15 Jahren erreicht werden; dennoch sind gewaltige Aufgaben zur Bekämpfung der Armut unerledigt, und neue Ziele kommen hinzu - etwa mehr nachhaltiges Wirtschaftswachstum und mehr Arbeitsplätze für eine wachsende Weltbevölkerung.

Viele der Probleme dauern fort in jenen Ländern, von denen man es am wenigsten erwarten würde: Länder, die über reichhaltige Öl-, Gas- und mineralische Rohstoffe verfügen. Paradoxiereise haben in vielen dieser Länder die Einnahmen aus der Rohstoffförderung keinen Entwicklungsschub erzeugt; sie haben vielmehr dazu beigetragen, das wirtschaftliche Geschehen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die politischen Institutionen zu schwächen. Die Mehrheit der Bevölkerung in diesen Staaten lebt weiterhin in großer Armut, hohe Kapitalsummen fließen ins Ausland, blutige Auseinandersetzungen um Ölfelder und Minen lähmen die Entwicklung der betroffenen Länder auf Jahrzehnte. Korruption, Komplizenschaft zwischen politisch Verantwortlichen und Akteuren im Wirtschafts- und Finanzsektor, Intransparenz, fehlende demokratisch legitimierte Kontrollsysteme und Verantwortungslosigkeit – diese Mischung befördert die Ausplünderung der Ressourcen. Kurz gesagt, viele dieser Staaten haben es weder geschafft, ihre Rohstoffe ausreichend in Wert zu setzen, noch den Reichtum an Rohstoffen zum Wohle ihrer Bürger einzusetzen.

Nichtregierungsorganisationen hatten dieses Thema bereits in den 1990er Jahren auf die entwicklungspolitische Tagesordnung gesetzt. Sie forderten mehr Transparenz, wenn es um die Einnahmen aus der Rohstoffförderung geht: „Publish what you pay“. Als Antwort darauf kamen 2003 Förder- und Verbraucherländern, Öl- und Bergbaugesellschaften, sowie Organisationen des Finanzsektors zusammen und einigten sich auf 12 Transparenz-Standards für Einnahmen aus der Rohstoffwirtschaft. Damit war die „Initiative für Transparenz in der Rohstoffwirtschaft“ (EITI) geboren. Ihr Ziel: verständliche, weitreichende und glaubwürdige Informationen zu generieren, auf deren Basis ein öffentlicher Dialog über die Einnahmen und ihre Verwendung in den Mitgliedsländern möglich ist.

In Ländern, die sich an EITI beteiligen, müssen rohstofffördernde Unternehmen ihre Zahlungen an die jeweiligen Länder im jährlichen EITI-Report veröffentlichen. Rohstoff-Länder, die der Initiative beitreten wollen, müssen nicht nur ihre Einkünfte aus Rohstoffgeschäften wie Steuern, Abgaben und Lizenzen offenlegen, sondern seit 2013 u.a. auch Angaben darüber veröffentlichen, wie die Einkünfte in den Regionen verteilt werden. Bei Verstößen gegen die Regeln kann die Mitgliedschaft jederzeit ausgesetzt werden. Das geschah bereits mit der Demokratischen Republik Kongo, Mauretanien, Sierra Leone und dem Jemen. Da diese Länder in der Zwischenzeit wichtige Änderungen vorgenommen haben, sind sie wieder zugelassen worden.

Den EITI-Transparenz-Standards für die Rohstoffwirtschaft haben sich inzwischen 48 Staaten und mehr als 90 Großunternehmen aus dem Öl-, Gas- und Bergbausektor freiwillig unterworfen. Die Bundesregierung wird in Zusammenhang mit der deutschen G7-Präsidentschaft im kommenden Jahr beim internationalen EITI-Vorstand in Oslo die Mitgliedschaft beantragen. Zur Vorbereitung der Kandidatur findet Ende November in Berlin der erste deutsche EITI-Transparenzgipfel statt. Dort werden Politik, Unternehmen, Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen und wissenschaftliche Einrichtungen vertreten sein. Aus diesem Kreis setzt sich auch die in Kürze zu gründende deutsche Multi-Stakeholder-Gruppe (D-EITI) zusammen.

Mit seinem Beitritt zu EITI zeigt Deutschland – als bedeutendes Industrieland mit hohen Rohstoffimporten – die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen und den gemeinsamen Kampf

gegen Korruption im internationalen Rohstoffgeschäft zu stärken. Deutschland sendet damit ein Signal an wichtige Rohstoffnationen wie Südafrika, Brasilien und Indien, aber auch China und Russland. Die Glaubwürdigkeit Deutschlands, das EITI seit der Gründung politisch und finanziell unterstützt, wird durch einen Beitritt deutlich erhöht.

Die natürlichen Ressourcen eines Landes gehören seinen Bürgerinnen und Bürgern. Mit dieser Überzeugung hat die EITI vor mehr als zehn Jahren ihre Arbeit begonnen. Der Gedanke, dass Regierungen und Unternehmen sich im oftmals schwer durchschaubaren internationalen Rohstoffgeschäft eines Tages in die Bücher schauen lassen würden, klang für viele anfangs illusorisch. Mit dem Multi-Stakeholder-Ansatz ist es jedoch gelungen, unterschiedliche Interessensgruppen auf Transparenz und gemeinsame Standards festzulegen. Damit sind die Weichen gestellt, Kapitalflüsse öffentlich und somit durchschaubarer zu machen - eine wichtige Voraussetzung dafür, dass Bürgerinnen und Bürger sowie zivilgesellschaftliche Organisationen von ihren Regierungen Rechenschaft über die Verwendung der Mittel fordern können. So können Rohstoffe von einer Konfliktursache zum Motor der Entwicklung werden.

\* Clare Short ist Vorstandsvorsitzende der Initiative für Transparenz in der Rohstoffwirtschaft (Extractive Industries Transparency Initiative – EITI). Sie war von 1997 bis 2003 Ministerin für Internationale Entwicklung (Secretary of State for International Development) im Kabinett von Premierminister Tony Blair.

\* Uwe Beckmeyer ist Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und Sonderbeauftragter der Bundesregierung für die EITI-Umsetzung in Deutschland.